

KirchMedia droht die Pleite

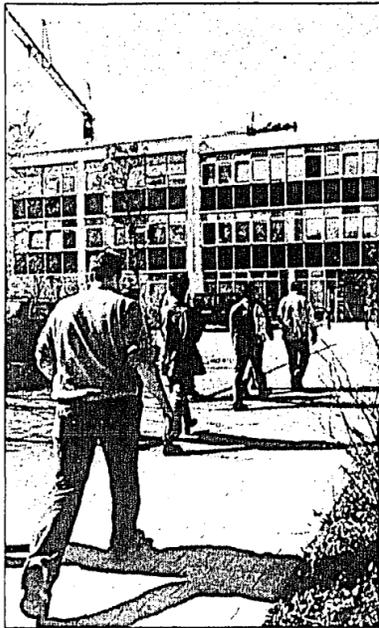
Verhandlungen unter Zeitdruck fortgesetzt – 5500 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel

München/Frankfurt: Es wird eng für die hochverschuldete KirchGruppe: Die Verhandlungen um die Rettung des Münchner Medienkonzerns sind unter grossem Zeitdruck fortgesetzt worden. Bei einem Scheitern will Kirch Insolvenz anmelden.

Es werde «in wechselnden Zusammensetzungen» zwischen Investoren, Gläubigerbanken und der KirchGruppe verhandelt, hiess es am Mittwoch nachmittag aus Bankkreisen. Damit sollte eine drohende Pleite noch abgewendet werden.

Zuvor war aus Kreisen der KirchGruppe verlautet, dass sie einen Antrag auf Insolvenz für die KirchMedia stellen werde, falls Banken und Minderheits-Gesellschafter die Verhandlungen für gescheitert erklären sollten. Davon direkt betroffen wären 5500 Arbeitsplätze. Die KirchGruppe selber äusserte sich nicht dazu. Zur KirchMedia gehören unter anderem die TV-Sender ProSieben, SAT.1, DSF, N24 sowie die Übertragungsrechte an den Fussball-Weltmeisterschaften 2002 und 2006.

Ein erster Verhandlungs-Marathon war in der Nacht auf Mittwoch abge-



Im Verhandlungspoker um die hoch verschuldete Kirch-Gruppe wird eine baldige Insolvenz des Konzerns nicht mehr ausgeschlossen. (Bilder: Keystone)

brochen worden. Eine Annäherung habe es nicht gegeben, hiess es bei den Banken – weder in Bezug auf eine Überbrückungsfinanzierung noch in

der Frage einer Kapitalerhöhung. Die Minderheits-Gesellschafter um die Medienunternehmer Rupert Murdoch und Silvio Berlusconi seien zwar an einer Übernahme der KirchMedia interessiert. Sie hätten sich aber mit den Banken nicht auf die genauen Konditionen einigen können.

Investoren untereinander zerstritten

Die Stimmung sei nicht gut gewesen, hiess es. Die Investoren seien auch untereinander zerstritten. Eine Einigung ist laut Banken nur möglich, wenn die Investoren finanzielle Zugeständnisse bei der geplanten Übernah-

me der KirchMedia machten. Nach Informationen der «Financial Times Deutschland» verlangten die Banken von Murdoch und Berlusconi eine Beteiligung von 40 Prozent am Überbrückungskredit. Die Investoren dagegen hätten nur 10 Prozent angeboten.

Die Banken sahen die Gespräche noch nicht als gescheitert an. Diese Woche müsse aber in jedem Fall eine Lösung gefunden werden. Die KirchGruppe ist mit mehr als 6,5 Mrd. Euro verschuldet. In den kommenden Tagen und Wochen stehen Zahlungsverpflichtungen an, die Kirch laut Informationen aus der Branche nicht bedienen kann.

Leo Kirch wäre zum Rückzug bereit

In den vergangenen Monaten hatten Gläubiger und Gesellschafter der KirchGruppe stets betont, sie wollten eine Pleite der Gruppe verhindern, da dadurch alle verlieren würden. Inzwischen würden die Banken die Pleite der KirchMedia in Kauf nehmen, hiess es. Denn in einem Insolvenzverfahren könnten sich «neue Möglichkeiten» ergeben.

Bisher war vor allem ein Szenario diskutiert worden: Demnach übernehmen die bisherigen Minderheits-Gesellschafter im Rahmen einer Kapitalerhöhung die Mehrheit an der KirchMedia. Firmengründer Leo Kirch, der noch mehr als 70 Prozent der Anteile hält, soll zu einem vollständigen Rückzug bereit sein.

Kanzlerkandidat Stoiber schweigt

Sollte die KirchGruppe ein Insolvenzverfahren beantragen, wäre dies die dritte Pleite eines grossen bayrischen Konzerns nach dem Elektronik-

konzern Schneider Technologies und dem Flugzeugbauer Fairchild Dornier innerhalb weniger Wochen. Der bayrische Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) wollte sich weiterhin nicht zu den Problemen äussern. «Ich möchte die Verhandlungen nicht stören», sagte Stoiber am Mittwoch.

Bundesliga-Profi-vereine bedroht

MÜNCHEN: Der deutsche Staat und mehrere Landesregierungen planen nach einem Bericht der «Süddeutschen Zeitung» Bürgschaften in Höhe von 200 Mio. Euro für die Fussball-Bundesliga, um einen Konkurs zahlreicher Profivereine wegen der Kirch-Krise zu verhindern.

Die sich abzeichnende Pleite der Mediengruppe Kirch drohe auch die meisten Fussballclubs der ersten und zweiten Liga in den finanziellen Ruin zu treiben, berichtet die Zeitung in ihrer Donnerstagsausgabe. Hintergrund sei die Abhängigkeit von den Millionen-Honoraren für die Fernseh-Übertragungsrechte.

Die Bundesliga will laut «Süddeutscher Zeitung» mit Hilfe der Politik verhindern, dass die Kirch-Krise auch auf den Profi-Fussball durchschlägt. Liga-Präsident Werner Hackmann habe die 36 Vereine der ersten und zweiten Liga kürzlich über das Vorhaben informiert, Bund und Länder für eine Bürgschaft zu gewinnen. Kirchs nächste Raten an die Bundesliga über jeweils knapp 100 Mio. Euro wären dem Bericht zufolge Anfang Mai und Anfang August fällig.



**VERWALTUNGS- UND PRIVAT-BANK
AKTIENGESELLSCHAFT**
www.vpbank.com

VP Bank Fondssparkonto			
Schweizer Franken			4 %
Euro			5 %
US Dollar			4 %
Japanische Yen			2 %
Festgeldanlagen in CHF			
3.4.2002			
Mindestbetrag CHF 100 000.-			
Laufzeit	3 Monate		0.750 %
Laufzeit	6 Monate		1.875 %
Laufzeit	12 Monate		1.250 %
Auswahl verzinsteter Konti			
Sparkonto CHF			1 1/4 %
Jugendsparkonto CHF			1 3/4 %
Alterssparkonto CHF			1 5/8 %
Euro-Konto			1 1/4 %
Kassenobligationen			
Mindeststückelung CHF 1000.-			
2 Jahre	2.375 %	7 Jahre	3.250 %
3 Jahre	2.625 %	8 Jahre	3.250 %
4 Jahre	2.750 %	9 Jahre	3.375 %
5 Jahre	2.750 %	10 Jahre	3.375 %
6 Jahre	3.000 %		
„VP Bank Titel“			
3.4.2002 (16.00 h)			
VP Bank-Inhaber	CHF		255.00
VP Bank-Namen	CHF		25.50 G
Wechselkurse			
3.4.2002			
Noten	Kauf	Verkauf	
USD	1.618	1.718	
GBP	2.330	2.470	
EUR	1.435	1.495	
Devisen	Kauf	Verkauf	
EUR	1.452	1.475	
... profitieren Sie von diesem günstigen Wechselkurs auch am VP Bancomat.			
Edelmetallpreise			
3.4.2002			
Gold	1 kg	CHF	16 232.-
Gold	1 Unze	USD	304.15
Silber	1 kg	CHF	246.30
			16 482.-
			307.15
			261.30

Preis für OPEC-Öl steigt weiter

Benzinpreise in der Schweiz steigen auf breiter Front

WIEN: Der Preis für Öl der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) ist weiter sprunghaft gestiegen. Die Benzinpreise in der Schweiz ziehen nunmehr auf breiter Front an. Weitere Mineralölgesellschaften haben Erhöhungen angekündigt.

Ein Barrel (159 Liter) habe am Dienstag 25,83 Dollar gekostet gegenüber 25,03 Dollar am Tag davor, berichtete das OPEC-Sekretariat am Mittwoch in Wien. Verglichen mit dem Preis zum Jahresende, als für diese Menge rund 18 Dollar zu zahlen waren, ist OPEC-Öl damit um mehr als 40 Prozent teurer geworden. Das Kartell strebt einen Richtpreis zwischen 22 und 28 Dollar an.

Insgesamt stieg in der Schweiz der Benzinpreis aus Folge der erhöhten Rohölpreise seit dem 14. Februar rund 10 Rappen pro Liter. Damals kostete eine Tonne Bleifrei 95 auf dem Markt in Rotterdam 179 Dollar – am Mittwoch waren es bereits 264 Dollar, wie Rolf Hartl, Geschäftsführer von der Erdöl-Vereinigung auf Anfrage sagte. Für die gestiegenen Rohölpreise wird die Zuspitzung im Nahost-Konflikt verantwortlich gemacht.

Keine Prognose

BP hatte deshalb wie Shell am Dienstag eine Preissteigerung für Mittwoch um drei Rappen beschlossen. Seit Anfang März ist der Benzinpreis bei BP rund 8 Rappen gestiegen und

betrug am Dienstag im Raum Zürich rund 1,345 Franken für einen Liter.

Man müsse jeden Tag kurzfristig über Preiserhöhungen entscheiden, nachdem man verschiedene Faktoren geprüft hat, sagte BP-Sprecherin Isabelle Thommen. Deshalb könne man die weitere Entwicklung noch nicht absehen. Auch bei Shell will man keine Prognose stellen, da sich auch weitere Faktoren auf den Benzinpreis auswirken, wie es auf Anfrage hiess. Zudem schwanke der Benzinpreis häufig.

Bei Esso folgt man dem Trend: Auch hier muss an den Tankstellen seit Mittwoch drei Rappen mehr für bleifreies Benzin bezahlt werden. Insgesamt gab es bei Esso 2002 einen Preisabschlag und fünf Aufschläge.

15 000 Metaller im Warnstreik

Tarifkonflikt der Metall-Industrie in Deutschland

MÜNCHEN: Im Tarifkonflikt der deutschen Metall-Industrie hat die Gewerkschaft die Warnstreiks am Mittwoch deutlich ausgeweitet. An den Aktionen in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz beteiligten sich total 15 000 Beschäftigte.

Schwerpunkt der Aktionen war Bayern. Nach Angaben der Gewerkschaft IG Metall traten dort 7000 Metaller in den Warnstreik. In Offenburg in Baden-Württemberg demonstrierten 4000 Beschäftigte. Weitere 4000 aus Hessen und Rheinland-Pfalz protestierten vor dem Mainzer Rathaus.

Die IG Metall fordert 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Die Arbeitgeber bieten je zwei Prozent für dieses und das kommende Jahr. In Baden-Württemberg werden die Tarif-Verhandlungen am kommenden Montag fortgesetzt, in Bayern in der übernächsten Woche.

